

Atomkraft? - Nein Danke!

Mit der Zuspitzung der Klimakrise wird eine Renaissance der Atomkraft in Deutschland wieder in die gesellschaftliche Debatte eingebracht. Von einigen rückwärtsgewandten Kräften wird gefordert, die Energiegewinnung aus Atomkraft, aufgrund ihrer Klimaneutralität, als Übergangstechnologie beizubehalten oder sogar noch auszubauen. Die GRÜNE JUGEND Hessen sagt dennoch „Atomkraft, NEIN DANKE“.

Wir GRÜNEN haben unseren Ursprung unter anderem in der Anti-Atomkraft-Bewegung. Als sich in den 70er Jahren des letzten Jahrtausends Millionen Menschen auf den Straßen versammelten, um gegen die zivile Nutzung der Atomkraft zu demonstrieren, kämpften sie gegen die drohende Verschmutzung der Umwelt durch radioaktive Abfälle und der Endlagerung von Brennstäben. Schon 2002 gab es einen beschlossenen Atomausstieg unter dem damaligen grünen Umweltminister, doch erst nach dem verheerenden Unfall in Fukushima beschloss die Bundesrepublik Deutschland 2011 endgültig den Atomausstieg.

In der jüngsten Geschichte werden wieder die Rufe nach der zivilen Nutzung von Atomkraft laut. Wir als GRÜNE JUGEND Hessen lehnen dies strikt ab. Die Risiken, die mit der Nutzung einhergehen, lassen sich nicht abschätzen und bedrohen die Menschen, die in der Nähe der Kraftwerke leben.

Deshalb kämpfen wir für eine echte Energiewende und keine Scheinlösungen. Wir fordern nicht nur den Kohleausstieg, sondern auch den schnellen Ausstieg aus der Atomkraft. Es gibt unzählige gute Gründe gegen Kernkraft zur Stromproduktion: soziale, ökologische, gesundheitliche und demokratische Gründe. Entweder es funktioniert und ist unheimlich teuer, aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht; oder es funktioniert nicht und es gibt keinen Plan B – nur gefährliche langfristige Effekte und Tote. Natürlich sind größere Störfälle selten. Aber sie geschehen und die Folgen gehen, wie Fukushima uns gezeigt hat, über das hinaus, was Menschen bewältigen können.

Das Erdbeben und der dadurch hervorgerufene Tsunami im März 2011 resultierten in der Kontamination von 30.000 km² Land. Mehr als 150.000 Menschen mussten ihre Häuser, Städte und Felder verlassen, die nun mit radioaktivem Cäsium-137 für die nächsten Jahrhunderte kontaminiert sind. Der Unfall verunreinigte Wasser, Boden, Luft und damit auch Pflanzen und Tiere, mit Auswirkungen auf die japanische Lebensmittelproduktion mehr als 300 km von den Sperrzonen entfernt.

Diese ökologische, gesundheitliche und soziale Tragödie hatte auch extreme Folgen für Wirtschaft und Demokratie. Die geschätzten Kosten des Unfalls von Fukushima betragen zwischen 200 und 400 Milliarden Euro. Das Französische Institut für Strahlenschutz und nukleare Sicherheit schätzt die Kosten für einen Unfall in einem Atomkraftwerk, abhängig von der Schwere, auf zwischen 760 und 5800 Milliarden Euro. In einer solchen Situation wäre ein Staat nicht in der Lage, die Opfer zu unterstützen und zu entschädigen, ohne die Zahlungsunfähigkeit zu riskieren. In Japan wurden Proteste der Opfer verhindert, indem die öffentliche Debatte unterdrückt wurde.

Die Wahl von Atomenergie und den ihr innewohnenden Risiken wird Bürger*innen aufgezwungen. Die GRÜNE JUGEND Hessen lehnt diese Option weiterhin ab und ruft nach einer breiten Bewegung von Bürger*innen, Zivilgesellschaft und politischen Akteur*innen gegen diese Energiegewinnung von gestern. Keine Subventionen und Lizenzen mehr für Atomenergie –mehr Investitionen in die Erneuerbaren! In Deutschland müssen endlich die Voraussetzungen für den flächendeckenden Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Übertragungsnetze geschaffen werden.

Problematisch ist neben dem Risiko von Störfällen vor allem der anfallende Atommüll, der Mensch und Umwelt über einen Zeitraum von vielen hundert Tausend Jahren zu zerstören droht. Ein Risiko, das niemals hätte in Kauf genommen werden dürfen und das menschliche Vorstellungsvermögen übersteigt. Da es keine Endlagerung geben kann stehen wir Technologien offen gegenüber, die die Möglichkeit einer Transmutation von Isotopen mit langen Halbwertszeiten in Isotope mit kurzen Halbwertszeiten ermöglichen. So könnte der bereits vorliegende Atommüll in vorstellbaren Zeitdimensionen verfallen und die langfristigen Risiken minimiert werden. Diese Technologie stellt keine Lösung der Kernproblematik da, und darf nur zur Transmutation von bereits vorliegendem Atommüll genutzt werden, um dessen Halbwertszeit zu verkürzen und das Risiko für zukünftige Generationen und die Umwelt zu minimieren.

Beschlossen am 08.03.2020 auf der Landesmitgliederversammlung in Darmstadt.